Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire

Herausgeber: [s.n.]

Band: 28 (2021)

Heft: 3: Fürsorge und Selbstermächtigung = Assistance et autonomisation de soi

Vorwort: Fürsorge und Selbstermächtigung = Assistance et autonomisation de soi

Autor: Matter, Sonja / Germann, Urs / Heiniger, Alix

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fürsorge und Selbstermächtigung

Editorial

«Hilf dir selbst, sonst hilft dir ein Sozi.» Dieser Spruch war in den 1980er-Jahren im Zuge der Jugendbewegung an verschiedene Hauswände von Schweizer Städten gesprayt. In wenigen Worten bringt er auf den Punkt, was Fürsorge und Soziale Arbeit für Menschen bedeuten können: einen Zwang, sich an die «Normalgesellschaft» anzupassen. Dass die Gewährung von Hilfe mit Formen der Bevormundung und Disziplinierung einhergehen kann, hat eine lange Tradition. Wie der britische Soziologe Thomas H. Marshall in *Citizenship und Social Class* 1949 treffend ausführte, ging eine finanzielle Unterstützung von bedürftigen Menschen in der Regel mit der Beschneidung ihrer politischen und bürgerlichen Rechte einher. Mit Blick auf das englische *poor law* hielt Marshall fest, dass das Armenrecht «die Anrechte der Armen nicht als integralen Bestandteil der Rechte eines Bürgers» behandle, sondern vielmehr als Alternative zu ihnen. Der Anspruch des Armen, dass der Staat seine soziale Existenz sichert, werde nur dann gewährt, wenn «der Anwärter aufhört, ein Bürger in jedem wahren Sinn des Wortes zu sein». Wie Marshall aufzeigte, erhielten die «Armenhäusler» zwar Obdach und Nahrung, doch wurde dadurch gleichzeitig ihre persönliche Freiheit massiv beschnitten. In England verloren bis 1918 die fürsorgeunterstützten Männer darüber hinaus das Stimmrecht (die Frauen waren noch gar nicht in den Genuss dieses politischen Rechts gekommen).[1]

Die Verknüpfung zwischen der Armenfürsorge und der Beschneidung elementarer Rechte findet sich nicht nur im englischen *poor law,* sondern, in verschiedenen Variationen, in zahlreichen Armenfürsorge- beziehungsweise Sozialhilfegesetzen europäischer Staaten. Die Liste der Grundrechtseingriffe, die fürsorgebedürftige Menschen in demokratischen Staaten des 20. Jahrhunderts erlitten, ist lang: Kindswegnahmen, Einsperrungen in Anstalten, Wegweisungen vom Wohnort, Stimmrechtsentzug oder unangemeldete Hausbesuche sind nur einige Beispiele.[2] Diese Massnahmen verstiessen vielfach gegen anerkannte Verfassungsprinzipien.

Das erlittene Unrecht wirkt bis in die Gegenwart nach. Nicht zuletzt auf Druck von betroffenen Personen sehen sich zahlreiche Staaten seit einiger Zeit dazu veranlasst, sich vertieft mit der Geschichte der staatlichen Zwangsfürsorge ausein-

anderzusetzen. Expertenkommissionen und andere Gremien werden eingesetzt, um, wie es vielfach heisst, die «dunklen Kapitel» der Vergangenheit aufzuarbeiten und unter Umständen eine finanzielle Wiedergutmachung an Betroffene zu leisten.[3] Auch die historische Forschung hat in diesem Kontext Konjunktur. Sie ist meist mit dem Anspruch verknüpft, die Geschichte der Betroffenen und Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen einem breiten Publikum bekannt zu machen, Institutionen, Einrichtungen und Einzelpersonen zu benennen, die für Rechtsverletzungen verantwortlich waren, und Wiedergutmachungsforderungen auf der politischen Ebene zu stützen.[4]

Während zur Geschichte der Zwangsfürsorge in den letzten Jahren zahlreiche differenzierte Studien erschienen, widmete sich die internationale Forschung bisher erst punktuell der zeitgenössischen Kritik an diesen Massnahmen und der Frage, in welchem Kontext alternative Formen der Unterstützung eingefordert und entwickelt wurden. Spätestens mit dem gesellschaftspolitischen Aufbruch von 1968 erhielten Begriffe wie Autonomie, Mündigkeit oder Empowerment eine breite gesellschaftliche Resonanz. Sie fanden rasch Eingang in Fachdebatten im sozialen Bereich, etwa in der Sozialen Arbeit und der Sonder- oder Heilpädagogik.[5] Doch auch die Gruppen, die traditionell als Fürsorgeklientel mit wenig Mitspracherecht behandelt wurden, bemächtigten sich vermehrt der emanzipativen Logik. Sie forderten Selbstbestimmung und Mitsprache bei der Lebensgestaltung ein; dies gilt zum Beispiel für armutsbetroffene Personen, ehemalige Heimkinder, Strafgefangene, Menschen mit Behinderungen ebenso wie für bestimmte soziale oder ethnische Gruppierungen. Auch die Forderungen ehemaliger Betroffener fürsorgerischer Zwangsmassnahmen nach gesellschaftlicher Anerkennung und später Wiedergutmachung fügen sich in diese Geschichte der Selbstermächtigung ein.[6] Weder die historische Genese von Empowerment-Ansätzen in den sozialen und pädagogischen Berufen noch die Voraussetzungen für die gleichzeitige Aneignung der Selbsthilfe «von unten» sind von der historischen Forschung bislang vertieft untersucht worden.

Dieses Heft setzt sich zum Ziel, zur Schliessung dieser Forschungslücken beizutragen und gezielt auf Strategien der Selbstermächtigung von marginalisierten Personen und Gruppen aufmerksam zu machen, denen vonseiten staatlicher und privater Instanzen traditionell wenig Handlungsspielraum zugestanden wurde. Was waren die Voraussetzungen dafür, dass beispielsweise gehörlose Menschen, uneheliche Mütter oder armutsbetroffene Menschen Widerstand gegen bestimmte Vorgaben und Zumutungen leisteten, sich gegen fürsorgerische Bevormundung und Einschnitte in ihre grundlegenden Rechte zur Wehr setzten und sich zur Behauptung alternativer Lebensentwürfe zu organisieren begannen? Inwiefern sind im Laufe des 20. Jahrhunderts, aber auch im Feld der Fürsorge selbst Verschiebungen auszumachen, in denen Beschneidungen von Grundrech-

ten fürsorgebedürftiger Menschen kritisch hinterfragt wurden? Und welche Ambivalenzen schrieben sich in solche Prozesse der Selbstermächtigung ein?
Wie andere Bereiche der Sozialgeschichte verlief die Geschichte der Selbstermächtigung in einem Spannungsfeld von Zäsuren und Kontinuitäten. Bereits im frühen 20. Jahrhundert übten Betroffene Kritik an fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Der Schweizer Publizist Carl Alfred Loosli, der als Sohn einer alleinerziehenden Mutter fremdplatziert wurde und das Leben in Kinderheimen äusserst negativ erlebte, wies ab den 1920er-Jahren immer wieder auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen hin, die im Kontext der Fürsorge praktiziert wurden.[7] Kritik an autoritären Praktiken der Fürsorge kam aber auch von Fachleuten. Die US-Amerikanerin Mary E. Richmond entwickelte bereits nach dem Ersten Weltkrieg das Konzept einer «demokratischen Sozialen Arbeit» und verlangte, dass Sozialarbeitende den Hilfsbedürftigen auf Augenhöhe begegnen.[8]
Doch obwohl Kritiker wie Loosli zumindest punktuell Staub aufwirbelten und die neuen Konzepte aus den USA auch in Europa zur Kenntnis genommen wurden, blieben durchgreifende Reformen im Fürsorgewesen bis weit ins 20. Jahrhundert aus. Das grosse Beharrungsvermögen autoritärer und ausgrenzender Praktiken bedeutete allerdings nicht, dass betroffene Personen sich nicht vielfältiger Strategien des Widerstands zu bedienen wussten. Der Beitrag von *Lola Zappi* zeigt am Beispiel des Service social de l'enfance von Paris, wie es Klient*innen gelang, auch in einem hierarchischen Setting teilweise ihre Handlungsfähigkeit zu behaupten. Mit Blick auf die Arbeiten des deutschen Sozialhistorikers Alf Lüdtke spricht die Autorin von «eigensinnigen Praktiken».[9] So wäre es denn auch falsch, die staatliche Eingriffsfürsorge ausschliesslich als einen übermächtigen, gleichsam totalitären Block zu verstehen. Vielmehr handelte es sich um Systeme, die im Regelfall durchaus auf eine gewisse Kooperation angelegt waren, auch wenn diese kaum je auf Augenhöhe stattfand und renitente Klient*innen massive Sanktionen zu gewärtigen hatten.

Fürsorge und Selbstermächtigung: Historische Kontexte des Umbruchs seit den 1950er-Jahren

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichneten sich, so eine unserer Thesen, partielle Verschiebungen in den Handlungsmöglichkeiten von sozial marginalisierten Menschen ab. So stellte sich nach 1945 im Rahmen der Vereinten Nationen die Frage, wie die Demokratie in den ehemals diktatorischen Systemen verankert werden könnte. Konzepte einer demokratischen Sozialen Arbeit, wie sie Mary E. Richmond entworfen hatte, erhielten international breitere Aufmerksamkeit.[10] Nun wurde auch gefordert, dass staatliche Fürsorge nicht zwangsläu-

fig mit tiefen Einschnitten in die Grundrechte von Menschen einhergehen dürfe. Immer mehr Fürsorgeexpert*innen bezogen sich zumindest punktuell auf normative Konzepte wie Menschenrechte oder gesellschaftliche Teilhabe. Die veränderte Ausgangslage zeigte sich auch in der schweizerischen Gesetzgebung. In einer neuen Generation von kantonalen Fürsorgegesetzen wurde neben der traditionellen materiellen Hilfe nun auch die persönliche Hilfe verankert. Zudem tauchten neue, aus der Sozialen Arbeit stammende Begriffe wie Betreuung, Beratung und gesellschaftliche Integration in den Rechtstexten auf.[11] Der Abbau von disziplinierenden Massnahmen bedeutete indes nicht, dass Normalisierungsbestrebungen und -prozesse vollständig aufgegeben worden wären. Auch die Beratungstätigkeit, welche die Fähigkeit der fürsorgebedürftigen Menschen wecken wollte, selbst «sinnvolle» Lösungsstrategien zu entwickeln, entfaltete sich innerhalb bestimmter normativer Ordnungsentwürfe und zielte auf eine gesellschaftliche Anpassung ab. Das Spannungsverhältnis zwischen Hilfe und Kontrolle, Unterstützung und Disziplinierung, das die Fürsorge seit dem frühen 20. Jahrhundert geprägt hatte, verschwand keineswegs. Schliesslich hatten auch die neuen Formen von Beratung ein doppeltes Gesicht: Einerseits beinhalteten sie, im Mantel der Teilhabe, ein demokratisches Versprechen in psychologischer Form, anderseits konnten sie als ein – wenn auch weniger drastisches – Normierungsinstrument eingesetzt werden.[12]

Der Beitrag von *Rahel Bühler*, *Martina Koch* und *Markus Steffen* untersucht die Praxis der Vormundschaftsorgane der Kantone Baselland und Basel-Stadt gegenüber unverheirateten Müttern zwischen 1960 und 1980 und analysiert die Wandlungsprozesse, die diese – bei gleichzeitigen Beharrungstendenzen – prägten. Die Autor*innen zeigen auf, wie sich in diesem Zeitraum die rechtliche Situation unehelicher Mütter auf gesetzlicher Ebene schliesslich deutlich verbesserte. Auf der Praxisebene manifestierte sich dieser Wandlungsprozess allerdings zunächst nur punktuell. Fallbeispiele zeigen zwar, dass Sozialarbeiterinnen Beratungsgespräche mit unverheirateten Müttern führten. Eine paternalistische Haltung strukturierte die tägliche Arbeit der Amtsvormundschaften allerdings auch noch in den 1970er-Jahren.

Eine weitere Facette der historischen Zäsur betrifft das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen im Kontext von 1968. Progressive Protestbewegungen stellten damals nicht nur anerkannte Strukturen infrage, sondern propagierten eine neuartige, oft stark politisierte Bewegungskultur. Dazu gehörten antiautoritäre Modelle der Gemeinschaftsbildung wie selbstverwaltete Basisgruppen oder Kommunen, aber auch ein aktives Einfordern des Rechts auf Selbstentfaltung und Subjektivität. Auf breite Resonanz stiessen etwa die Antiatom-, die Friedens-, die neue Frauen- und die Umweltbewegung.[13] Der politische Aufbruch, der stark von Angehörigen der Mittelschichten getragen wurde, hatte aber auch kataly-

satorische Wirkungen an den Rändern der Gesellschaft. Unter dem Eindruck der neuen Protestkultur begannen sich auch marginalisierte Gruppen wie Armutsbetroffene, Menschen mit Behinderungen, Psychiatriepatient*innen oder Strafgefangene zu organisieren und ihre Ansprüche gegenüber der Mehrheitsgesellschaft geltend zu machen. Der Beitrag von *Mechthild Bereswill* und *Sabine Stange* zeigt am Beispiel der Heimkampagne in Hessen, wie Jugendliche, die in Fürsorgeheimen untergebracht waren, die gesellschaftspolitischen Forderungen der Achtundsechzigerbewegung nach Mitbestimmung und Autonomie aufgriffen. Obwohl sie sich visuell an die neomarxistische Propaganda anlehnten, zielten die Flugblätter, mit denen sich die Jugendlichen an die Öffentlichkeit wandten, keineswegs immer auf eine radikale Veränderung der Konsumgesellschaft ab. Oft stand vielmehr eine verstärkte Mitbestimmung innerhalb der Einrichtung, etwa betreffend Berufswahl, Freizeitgestaltung oder Verfügung über den eigenen Lohn, im Zentrum. Der Blick auf die konkreten Forderungen zeigt, dass sich die protestierenden Jugendlichen nur sehr bedingt als die revolutionären Subjekte verstanden, die sie in den Augen eines Teils der politischen Linken waren.

Der Beitrag von *Britta-Marie Schenk* beschäftigt sich mit den Selbstermächtigungsstrategien von Bewohner*innen eines Obdachlosenlagers in Kiel. Diese Menschen, die in desolaten Wohnverhältnissen lebten, wurden Mitte der 1970er-Jahre Ziel der Aktivierungsbestrebungen von Sozial- und Gemeinwesenarbeiter*innen und sozial engagierten Initiativgruppen, die mit neuen Fürsorgekonzepten geschult waren. Mittelfristiges Ziel war die Auflösung der Lager und ein Umzug in neue Sozialwohnungen. Wie der Beitrag zeigt, hielten sich die Bewohner*innen allerdings nicht an das vorgesehene Drehbuch. Vielmehr entwickelten sie eigene Protestformen zur Verteidigung ihrer Lebenswelt und stellten sich gegen die Umzugspläne der sozialdemokratischen Kommunalverwaltung. Sie entzogen sich dadurch den wohlmeinenden Förderangeboten der progressiven Fürsorgeakteur*innen.

Der Bildbeitrag von *Vera Blaser* und *Rebecca Hesse* beschäftigt sich mit den lange Zeit kaum beachteten Emanzipationsbestrebungen der Schweizer Gehörlosen als sprachlich-kulturelle Minderheit. Im Zentrum steht das Fernsehformat *Sehen statt Hören*, das 1981, dem UNO-Jahr der Behinderten, erstmals auf Sendung ging. Unter Mitwirkung von prominenten Exponent*innen der Gehörlosengemeinschaft entwickelte sich das Format im Lauf der ersten Jahre zu einer wichtigen Plattform für die Verbreitung der Gebärdensprache: Ab 1988 wurde in Gebärdensprache gesendet. Die Absetzung der Sendung 1998 führte zu Protesten. Gleichzeitig gründeten engagierte Gehörlose eine eigene Onlineplattform für Videoformate in Gebärdensprache.

Die Beiträge zeigen, dass Prozesse der kollektiven und individuellen Selbstermächtigung nicht ohne Friktionen verliefen. Zum einen konnten sich die

Teilhabeansprüche marginalisierter Gruppen durchaus an der anerkannten Normalität der modernen Industrie- und Konsumgesellschaft orientieren. Selbstermächtigung umfasste dann ebenso das Begehren nach Selbstnormalisierung wie die Forderung nach Anerkennung. Zum anderen entzogen sich Menschen, die sich am Rand gesellschaftlicher Strukturen bewegten, immer wieder Vereinnahmungen durch soziale Professionen und politische Bewegungen. Gerade die progressive Linke war nach 1968 nicht davor gefeit, neu «entdeckte» Randgruppen für ihre eigenen Mobilisierungsbedürfnisse zu instrumentalisieren. Anders gesagt: Emanzipation und Selbstermächtigung waren nicht nur Strategien, die eine Wirkung von «unten» entfalteten. Es handelte sich auch um gesellschaftliche Imperative, die gewandelte Erwartungen an das Individuum kodifizierten und neue Vorstellungen von einem wohlverstandenen Eigeninteresse transportierten. Von der aufmüpfigen Selbstermächtigung bis zur erwarteten (Selbst-)Aktivierung im neoliberalen Sozialstaat war es oft nur ein kleiner Schritt.[14] Es ist anzunehmen, dass unter diesen Umständen auch der altbekannte wohlfahrtsstaatliche Impetus des Helfens neue Formen annahm. Eine solche Ambivalenz legt zumindest der eingangs zitierte «Sozispruch» nahe, der in den 1980er-Jahren Schweizer Hauswände zierte.

Selbstermächtigung gegenüber der Geschichte und Wiedergutmachung

Der bereits erwähnte Carl Alfred Loosli war nicht der Einzige, der seine Stimme gegen die Behandlung der von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen betroffenen Personen erhob, seien es Kinder oder Erwachsene. Die zu verschiedenen Zeiten formulierte Kritik wurde jedoch in den 1980er-Jahren immer lauter. Louisette Buchard-Molteni – 1933 geboren und im Alter von fünf Jahren nach der Scheidung ihrer Eltern fremdplatziert – kritisierte zeitlebens bis zu ihrem Tod 2004 die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, die sie selbst erlitten hatte.[15] Kurz vor ihrer Volljährigkeit 1951 wurde sie im Frauentrakt der Strafanstalt Bellechasse eingesperrt, wo straffällige und administrativ versorgte Frauen zusammen inhaftiert waren. Mit ihrer Geschichte wollte Buchard-Molteni ein System anprangern, in dem die Weggesperrten gleichzeitig ihrer Stimme beraubt wurden. Der Gedanke, dass die ihr zugefügten Misshandlungen fortgesetzt werden könnten, bereitete ihr grosse Sorge. In den 1980er-Jahren kletterte sie in Lausanne auf Baukräne und hängte Transparente auf. «Für wen gilt das Recht in der Schweiz?», lautete ihre Frage an die Gesellschaft. Durch Medienberichte über ihre Aktionen wurde ihr Kampf bekannt. Der Historiker Pierre Avvanzino führte zahlreiche Gespräche mit ihr und schrieb: «[I]hre Empörung war aktivistisch.»[16] Andere, die ihre

Lebensgeschichte verfassten, um dieses System anzuprangern und Gerechtigkeit zu verlangen, gingen ähnlich vor. Ihr Schreiben betrifft nicht nur die eigene Geschichte, sondern wird zu einem politischen Instrument des Anklagens.
Autobiografisches Schreiben wurde so zum politischen Protestmittel. Einzelschicksale trugen dazu bei, ein Kollektiv zu formieren: Andere betroffene Personen erkannten sich in den geschilderten Erfahrungen wieder, was wiederum die gesamte Gesellschaft – und die Politik – dazu zwang, davon Kenntnis zu nehmen und das Unrecht anzuerkennen. Die Betroffenen forderten nicht nur Wiedergutmachung, sondern auch eine unabhängige historische Untersuchung. Sie verlangten eine wissenschaftliche Bestätigung durch Historiker*innen, dass ihre Erzählungen der Wahrheit entsprechen, und sie bestanden darauf, dass die politischen Vertreter*innen ihnen Glauben schenken. Diese Anerkennung ist für sie ein Teil des Wiedergutmachungsprozesses.
Der neue Bezug zur Vergangenheit und das damit verbundene Selbstermächtigungspotenzial werden in den beiden letzten Beiträgen dieses Hefts behandelt. Durch eine Feinanalyse der komplexen Beziehungen zwischen Historiker*innen und Betroffenen hinterfragt *Sandrine Maulini* die Unabhängigkeit der einen Partei gegenüber den anderen. In dieser Beziehung stehen Zeitzeug*innen und Historiker*innen a priori im Wettbewerb um den legitimen Diskurs über die Vergangenheit. Maulini weist auf verschiedene Schwierigkeiten hin. Zunächst drohen die Unabhängigkeit der Forschung und die methodologischen Prinzipien durch die Mitwirkung von Zeug*innen beeinträchtigt zu werden. Ferner kann die Analyse der Erfahrungsberichte von den Betroffenen als verletzend oder gar als Zensur empfunden werden. Schliesslich führt die gemeinsame Veröffentlichung der Texte von Personen aus beiden Gruppen unter Umständen zu Inkongruenzen bei der Ermittlung der historischen Wahrheit. Die Autorin zieht den Schluss, dass zwischen dem Diskurs der Zeitzeug*innen und jenem der Historiker*innen Differenzen bestehen, die im je spezifischen Verständnis der eigenen Autonomie begründet sind. Der Beitrag von *Lena Künzle, Daniel Lis, Sara Galle, Emmanuel Neuhaus* und *Iris Ritzmann* befasst sich mit der Frage, welches Selbstermächtigungspotenzial für Personen durch die Möglichkeit, von ihren Akten Kenntnis zu nehmen, die im Kontext von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen angelegt wurden, eröffnet wird. Anhand der kulturanthropologischen Analyse eines Fallbeispiels zeigen die Autor*innen, dass die Lektüre einer Akte, in der man sich selbst nicht wiedererkennt, zunächst Irritationen auslösen kann. Die seinerzeit von den Behörden erstellten Akten sind vielfach von Gewalt geprägt: Sie widerspiegeln die weitreichenden Stigmatisierungen, die auf abwertenden und demütigenden Kategorisierungen beruhten. Gleichzeitig wird die in den Akten vermittelte Darstellung anhand der persönlichen Erfahrung und des Lebenslaufs der Beschriebenen widerlegt. Die Erlangung von

Selbstermächtigung, die durch die Ablehnung und Zurückweisung der in den Akten vorgenommenen Zuschreibungen erfolgt, ist kein einfacher Prozess und bleibt stets fragil. Nach Ansicht der Autor*innen wäre es wünschenswert, dass nach der Einsichtnahme in die Akten Gespräche mit anderen Betroffenen oder Interviews folgen, um diese Erfahrungen vertieft zu reflektieren und eigene Interpretationen konstruieren zu können. Beide Beiträge behandeln die höchst aktuelle Frage, inwiefern die Geschichtswissenschaft und der Rückblick auf die Vergangenheit zur Selbstermächtigung der betroffenen Personen beitragen können. Sie zeigen zugleich auf, wie komplex diese Mechanismen sind. Die Beiträge werfen neue Fragen hinsichtlich der Stellung von Archivdokumenten, der Geschichtswissenschaft und von Historiker*innen im Wiedergutmachungsprozess auf.

Die Beiträge dieses Heftschwerpunkts verweisen auf die fundamentalen Wandlungsprozesse, die sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzogen: Die Forderungen nach einer Demokratisierung der Gesellschaft und grösserer Teilhabe sozial marginalisierter Menschen veränderten sowohl Normen wie Praktiken der Fürsorge. Sie zeigen zugleich, dass die Geschichte der emanzipativen Kritik an autoritären Strukturen keine lineare Fortschrittsgeschichte darstellt. Prozesse der Selbstermächtigung, die auf eine Stärkung individueller Rechte abzielten, waren – und sind – vielmehr selbst Spiegelbild gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse.

Sonja Matter, Urs Germann, Alix Heiniger, Mariama Kaba

Anmerkungen

1 Thomas H. Marshall, *Bürgerrechte und soziale Klasse. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates,* Frankfurt am Main 1992, 49 f.

2 Aldo Zaugg, *Der Einfluss der öffentlichen Unterstützung auf die Rechtsstellung des Unterstützten,* Bern 1956. Zum internationalen Forschungsstand Beate Althammer, Lutz Raphael, Tamara Stazic-Wendt, *Rescuing the Vulnerable. Poverty, Welfare and Social Ties in Modern Europe,* New York 2016; Beate Althammer, Andreas Gestrich, Jens Gründler (Hg.), *The Welfare State and the «Deviant Poor» in Europe 1870–1933,* London 2014.

3 Vgl. dazu Katie Wright, Johanna Sköld, Shurlee Swain, «Examining Abusive Pasts. Reassessing Institutional Violence and Care through Commissions of Inquiry», *traverse* 25/3 (2018), 162–178.

4 Unabhängige Expertenkommission Administrative Versorgung (Hg.), *Organisierte Willkür. Administrative Versorgungen in der Schweiz 1930–1981,* Zürich 2019.

5 Vgl. unter anderem Norbert Herriger, *Empowerment in der sozialen Arbeit,* 5., erweiterte und aktualisierte Auflage, Stuttgart 2014.

6 Vgl. für die Schweiz Béatrice Ziegler, Gisela Hauss, Martin Lengwiler (Hg.), *Zwischen Erinnerung und Aufarbeitung. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen an Minderjährigen in der Schweiz im 20. Jahrhundert,* Zürich 2018.

7 Vgl. Erwin Marti, *Carl Albert Loosli 1877–1959,* 4 Bände, Zürich 1996–2018.

8 Mary E. Richmond, *What is Social Casework?*, New York 1971 (Reprint 1922), 173.
9 Vgl. Alf Lüdtke, «Eigensinn», in Stefan Jordan (Hg.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2002, 64–66.
10 Sonja Matter, *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*, Zürich 2011, 275–282.
11 Pascal Coullery, *Das Recht auf Sozialhilfe*, Bern 1993, 62.
12 Vgl. Sibylle Brändli Blumenbach, *Zur Geschichte der Beratung als Instrument der sozialen Integration. Eine Studie am Beispiel der Stadt Basel, 1950er bis 1990er Jahre. Zusammenfassung der wichtigsten Resultate*, www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp51/NFP51_Modul2_d.pdf (15. 11. 2020).
13 Vgl. Martin Klimke, Joachim Scharloth (Hg.), *Handbuch 1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007. Für die Schweiz Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München 2015, 381–420.
14 Zusammenfassend Andreas Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Frankfurt am Main 2019.
15 Louisette Buchard-Molteni, *Le tour de Suisse en cage. L'enfance volée de Louisette*, Yens/Morges 1995.
16 Geneviève Heller, Pierre Avvanzino, Cécile Lacharme, *Enfance sacrifiée. Témoignages d'enfants placés entre 1930 et 1970*, Lausanne 2005, 32.

Assistance et autonomisation de soi

Éditorial

«Aide-toi toi-même, sinon le social t'aidera.» Dans les années 1980, le mouvement des jeunes sprayait ce genre de slogan sur les murs des villes suisses. En quelques mots, il synthétise ce que l'assistance peut signifier pour les personnes: elle les contraint à s'adapter aux normes de leur société. L'octroi d'une aide sociale va souvent de pair, et cela depuis longtemps, avec des formes de mise sous tutelle et de discipline. Comme l'a montré le sociologue britannique Thomas H. Marshall en 1949 dans son ouvrage *Citizenship and Social Class*, le soutien financier aux personnes «dans le besoin» s'accompagne en règle générale d'une atteinte à leurs droits politiques et civils. Il constate, se référant aux *poor laws* anglaises, que «les droits des pauvres ne sont pas considérés comme faisant partie intégrante des droits du citoyen», mais qu'il s'agit d'un autre droit. La garantie d'existence promise par l'État au «pauvre» n'est accordée que quand celui-ci «cesse d'être un citoyen au sens propre du terme». Les asiles offrent certes le gîte et le couvert, mais au prix de la perte de la liberté individuelle. En Angleterre, jusqu'en 1918 les hommes assistés perdaient en outre le droit de vote (dont ne jouissaient pas encore les femmes).[1]

L'association entre assistance aux pauvres et limitation des droits fondamentaux ne se trouve pas seulement dans les *poor laws* anglaises mais, sous différentes formes, dans nombre de lois sur l'assistance et l'aide sociale en Europe. La liste des attaques aux droits fondamentaux subies par les bénéficiaires de mesures d'assistance dans les États démocratiques du XXe siècle est longue: retrait des enfants, enfermement dans des institutions, expulsion du lieu de résidence, privation du droit de vote ou visites à domicile sans préavis n'en sont que quelques exemples.[2] Ces mesures vont souvent à l'encontre de principes constitutionnels reconnus. Les effets des injustices subies sont durables. Depuis quelque temps, plusieurs pays ont dû se résoudre à réviser l'histoire des mesures d'assistance qu'ils avaient appliquées, bien souvent sous la pression des personnes concernées elles-mêmes. Des commissions d'expert·e·s ou autres instances ont été créées pour examiner ces «pages sombres» de leur passé et parfois accorder des réparations aux victimes.[3] La recherche historique s'est aussi fortement développée. Elle entend généralement faire connaître au grand public l'histoire des

victimes et des survivant·e·s de mesures d'assistance imposées, identifier les institutions et les personnes responsables de violations du droit et soutenir politiquement les demandes de réparations.[4]

L'histoire des mesures de contrainte à des fins d'assistance a été ainsi documentée ces dernières années dans de nombreuses études; en revanche, au plan international les recherches ont peu porté sur les critiques contemporaines à ces mesures ou sur les manières de suggérer et d'appliquer d'autres solutions. Ce n'est que depuis le tournant social et politique du «moment 68» que les notions d'autonomie ou d'*«empowerment»* se sont généralisées. Les professionnel·le·s de l'assistance, de l'éducation spécialisée et de la pédagogie curative les ont adoptées.[5] Et les groupes de client·e·s du «social», qui étaient naguère privé·e·s de parole, sont aussi entrés dans cette logique d'émancipation. Ils exigent de participer désormais aux décisions sur leurs conditions de vie. Il s'agit par exemple de personnes indigentes, d'ancien·ne·s enfants placé·e·s, de prisonnières et prisonniers, de personnes en situation de handicap ainsi que de certaines collectivités sociales ou ethniques. L'histoire de l'autonomisation englobe aussi les revendications de victimes de mesures de contrainte qui réclament une reconnaissance et l'octroi de réparations.[6] Mais ni la genèse des principes d'*«empowerment»* dans les professions sociales et pédagogiques ni les conditions auxquelles les gens «d'en bas» peuvent se réapproprier l'entraide n'ont jusqu'ici été approfondies par les historien·ne·s.

Le présent cahier souhaite contribuer à combler ces lacunes de la recherche et à attirer l'attention sur les stratégies d'autonomisation de personnes et de groupes marginalisé·e·s, auxquel·le·s les institutions publiques et privées ont donné peu d'espace d'expression. Quelles sont les conditions requises pour que des personnes sourdes, des mères célibataires, des personnes réduites à la pauvreté puissent résister à des prescriptions et à des contraintes, ou se défendre contre une mise sous tutelle ou la limitation de leurs droits fondamentaux? Comment s'organisent-elles pour prétendre à d'autres modes de vie? Dans le domaine de l'assistance, dans quelle mesure des changements interviennent-ils au cours du XXe siècle, permettant de critiquer les restrictions aux droits des personnes à l'assistance? Et quelles ambivalences constate-t-on dans ces processus d'autonomisation?

Tout comme d'autres domaines de l'histoire sociale, l'histoire de l'autonomisation se situe entre césures et continuités. Au début du XXe siècle déjà, on voit des personnes concernées s'élever contre les mesures de contrainte à des fins d'assistance. Le journaliste suisse Carl Albert Loosli, fils d'une mère célibataire, placé enfant dans des homes dont il garde un souvenir très douloureux, n'a cessé depuis les années 1920 de dénoncer les violations des droits humains exercées dans le cadre de l'assistance.[7] Des professionnel·le·s se sont aussi élevé·e·s contre les

pratiques autoritaires dans ce domaine. L'Américaine Mary E. Richmond défend ainsi peu après la Première Guerre mondiale une conception du «travail social démocratique» et réclame que les travailleurs et les travailleuses sociales traitent d'égal·e à égal·e celles et ceux qui demandent de l'aide.[8]
Des critiques comme celles de Loosli ont fait du bruit à certains moments, et les nouvelles notions introduites aux États-Unis font leur chemin en Europe; mais il n'y a pas eu de réforme fondamentale des services sociaux pendant la plus grande partie du XXe siècle. Cela n'a pas empêché des personnes de se dresser contre la force d'inertie des pratiques autoritaires et excluantes, au moyen de diverses stratégies. La contribution de *Lola Zappi* montre, grâce à l'exemple du Service social de l'enfance parisien, comment des usagères et des usagers ont réussi à affirmer leurs capacités d'agir dans une structure hiérarchique. En référence aux travaux de l'historien allemand Alf Lüdtke, l'auteure mobilise le concept d'*«Eigensinn»*, imparfaitement traduit en français par «sens de soi».[9] Il n'y a donc pas lieu de considérer l'assistance publique interventionniste seulement comme un bloc tout-puissant, voire «totalitaire». Il s'agit plutôt de systèmes reposant largement sur une forme de coopération, même si elle n'est pas d'égal·e à égal·e et que les usagères et les usagers récalcitrant·e·s s'exposent à de sévères sanctions.

Assistance et autonomisation: une rupture historique depuis les années 1950

C'est depuis le milieu du XXe siècle, à notre sens, que se dessine une évolution partielle où les personnes marginalisées retrouvent une certaine latitude d'action. Après 1945, les Nations Unies s'interrogent sur les possibilités de démocratiser les anciens systèmes dictatoriaux. Des notions comme celle de «travail social démocratique» proposée par Mary E. Richmond suscitent de plus en plus d'intérêt au niveau international.[10] On tient désormais à ce que l'assistance publique ne soit plus associée à de graves violations des droits humains fondamentaux. Davantage d'expert·e·s se réfèrent, du moins ponctuellement, à des notions comme les droits humains ou la participation sociale. En Suisse, la nouvelle donne se reflète jusque dans la législation. Une nouvelle génération de lois cantonales sur l'aide sociale intègre à l'aide matérielle traditionnelle «l'aide à la personne». Des notions modernes font leur apparition dans les textes législatifs, provenant du travail social: le suivi, le conseil, l'intégration sociale.[11] La suppression des mesures disciplinaires ne va toutefois pas jusqu'à faire disparaître totalement les tendances à la normalisation. Même le travail de conseil, qui est censé éveiller les compétences des usagères et des usagers à développer des stratégies

adéquates pour s'en sortir, s'effectue dans le cadre de projets normatifs et vise «l'adaptation» sociale. La tension entre aide et contrôle, soutien et discipline, qui a marqué l'assistance sociale depuis le début du XXe siècle, ne disparaît donc pas. Enfin, même les nouvelles formes de conseil ont un «double visage»: d'une part, elles contiennent une promesse démocratique sous l'angle psychologique – sous la forme de la «participation» – et, d'autre part, elles peuvent servir d'instrument de normalisation, même s'il est moins brutal.[12]

La contribution de *Rahel Bühler*, *Martina Koch* et *Markus Steffen* examine la pratique des autorités de tutelle vis-à-vis des mères célibataires entre 1960 et 1980 et les changements intervenus – en même temps que la tendance à l'inertie – dans la pratique des autorités des cantons de Bâle-Ville et de Bâle-Campagne. Les auteur·e·s montrent que, durant cette période, la situation légale des mères célibataires s'est nettement améliorée. Cependant, ce changement ne s'est concrétisé que ponctuellement dans la pratique. Les cas étudiés témoignent certes d'entretiens de conseil menés par les travailleurs et les travailleuses sociales; mais l'activité quotidienne des autorités de tutelle se caractérise toujours par une posture paternaliste, jusque dans les années 1970.

Les nouveaux mouvements sociaux apparus dans les «années 68» renforcent la césure historique. Les protestations progressistes ne se bornent pas à remettre en question les structures existantes, elles propagent aussi une culture différente, souvent très politisée. Des modèles de société anti-autoritaires font leur apparition, comme des collectifs autogérés, des communes, mais aussi la revendication forte du droit à l'autonomie et à la subjectivité. Les plus connus sont les mouvements anti-atomiques, pacifistes, le nouveau mouvement des femmes et en faveur de la défense de l'environnement.[13] Cette rupture politique, portée surtout par des personnes provenant des classes moyennes, a aussi des effets catalytiques dans les marges de la société. Sous son influence, des groupes marginalisés se mettent à s'organiser: personnes en situation précaire, en situation de handicap, patient·e·s psychiatriques, prisonnières et prisonniers veulent être reconnu·e·s socialement. La contribution de *Mechthild Bereswill* et *Sabine Stange* se fonde sur un exemple dans le Land de Hesse, où les jeunes gens résidant en foyers reprennent les revendications soixante-huitardes et réclament le droit à la cogestion et à l'autonomie. Les tracts distribués au public ressemblent fort à la propagande néomarxiste, mais leurs auteur·e·s ne réclament pas de changement radical de la société de consommation. Ces jeunes revendiquent bien plutôt la cogestion dans les institutions, des choix professionnels personnalisés, l'organisation de leurs loisirs, l'obtention d'un salaire individuel dans le foyer. Ces revendications concrètes témoignent du fait que ces jeunes gens ne se considèrent pas comme des «sujets révolutionnaires», malgré le regard qu'une partie de la gauche politique porte sur elles et eux.

Britta-Marie Schenk se penche, dans sa contribution, sur les stratégies d'autonomisation des habitant·e·s d'un campement pour sans-abris à Kiel. Au milieu des années 1970, des travailleurs et des travailleuses sociales et des groupes militants locaux, formés aux nouvelles approches de l'assistance, vont à la rencontre de ces personnes vivant dans des conditions lamentables pour les pousser à s'organiser. L'objectif à moyen terme est la fermeture des camps et l'entrée dans des logements sociaux. Mais, comme le montre l'article, les habitant·e·s n'adhèrent pas à ce scénario. Ils et elles élaborent leurs propres formes de protestation, pour défendre leur mode de vie et refuser les déménagements prévus par l'administration communale socialiste. Ces personnes se soustraient ainsi au soutien «bien-pensant» des milieux progressistes de l'aide sociale.

La rubrique «Images» de *Vera Blaser* et *Rebecca Hesse* s'intéresse à un mouvement d'émancipation encore peu documenté, celui des mal-entendant·e·s de Suisse, minorité culturelle et linguistique. Leur contribution porte sur le programme télévisuel alémanique *Sehen statt Hören* lancé en 1981, l'Année internationale des personnes handicapées des Nations Unies. Dès les premières années, grâce à la participation de personnalités mal-entendantes, l'émission devient une importante plateforme pour la diffusion de la langue des signes. Elle est transmise en langue des signes depuis 1988. La suppression du programme en 1998 suscite des protestations. À ce moment-là, des personnes sourdes créent leur propre plateforme en ligne pour la diffusion de films en langue des signes.

Ces travaux montrent que les processus d'autonomisation collective ou individuelle ne se déroulent pas sans frictions. Les prétentions de groupes marginalisés à la participation sociale peuvent sans autres s'intégrer à la «normalité» admise de la société de consommation moderne et industrielle. L'autonomisation englobe ainsi à la fois le désir de normalisation et la revendication de la reconnaissance. Parallèlement, des personnes vivant en marge des structures sociales continuent d'échapper à une récupération par les professions sociales et les mouvements politiques. La nouvelle gauche des «années 68» n'échappe pas au désir d'instrumentaliser les groupes marginalisés qu'elle «découvre», pour ses besoins de mobilisation. En d'autres termes, l'émancipation et l'autonomisation ne sont pas seulement des stratégies qui développent des effets «par en bas»; il s'agit aussi d'impératifs sociétaux qui codifient les nouvelles attentes envers les individus et véhiculent de nouvelles représentations d'un intérêt personnel prédéfini. Entre l'autonomisation rebelle et l'activité militante au sein de l'État néolibéral, il n'y a souvent qu'un petit pas.[14] On peut supposer que, dans ces circonstances, le penchant de l'État social à fournir son aide a lui aussi pris d'autres formes. Du moins, c'est ce que suggère le slogan cité en ouverture, que l'on voyait sur les murs dans les années 1980.

L'autonomisation face à l'histoire et aux réparations

Au cours du XXe siècle, Carl Alfred Loosli, cité plus haut, n'a pas porté la seule voix contestant fermement le traitement des personnes, enfants ou adultes, visées par les mesures de contrainte à des fins d'assistance. Les protestations formulées à différentes époques s'intensifient cependant dès les années 1980. Née en 1933 et placée à l'âge de 5 ans après le divorce de ses parents, Louisette Buchard-Molteni a consacré une partie de sa vie, jusqu'à son décès en 2004, à dénoncer les traitements qu'elle a endurés. Peu avant sa majorité, en 1951, elle est encore enfermée au Pavillon des femmes de Bellechasse, où les détenues judiciaires et les internées administratives sont emprisonnées ensemble.[15] À travers son histoire, Buchard-Molteni cherche à dénoncer un système qui ne donne pas de voix à celles et ceux qu'il enferme. Elle est très inquiète à l'idée que les traitements qu'elle a subis soient encore administrés. Dans les années 1980, elle monte sur des grues en ville de Lausanne pour y accrocher des banderoles. «Pour qui est faite la justice en Suisse?» interpelle-t-elle. Les médias relaient ses actions et font ainsi connaître son combat. Comme l'écrit l'historien Pierre Avvanzino, qui s'est entretenu à de nombreuses reprises avec elle, «sa révolte était militante».[16]

Sa démarche est partagée par d'autres qui, comme elle, rédigent leur autobiographie pour dénoncer le système et réclamer justice. L'écriture n'est plus seulement un récit sur soi, mais devient donc un outil politique de dénonciation. Les situations individuelles ont vocation à s'inscrire dans le collectif: d'autres personnes concernées se reconnaissent dans l'expérience décrite, et l'ensemble de la société – ainsi que le monde politique – est sommé de prendre acte et d'admettre l'injustice. En plus des réparations, les personnes concernées réclament des enquêtes historiques indépendantes. Elles demandent que les historien·ne·s viennent confirmer scientifiquement la véracité de leurs récits et exigent d'être crues par les représentant·e·s politiques. Cette reconnaissance fait, à leurs yeux, partie intégrante du processus de réparation.

Ce rapport au passé renouvelé et son potentiel d'autonomisation sont traités dans les deux derniers articles de notre dossier thématique. *Sandrine Maulini* examine finement la relation complexe qui se noue entre les historien·ne·s et les personnes concernées et questionne leur autonomie les unes vis-à-vis des autres. A priori, la relation entre témoins et historien·ne·s recèle une concurrence quant au discours légitime sur le passé qui, dans ce cas précis, semble avoir été dépassée. Cependant, Maulini signale d'autres écueils. D'abord, l'intervention des témoins risque d'entamer l'indépendance de la recherche et ses principes méthodologiques. Ensuite, l'analyse des témoignages peut heurter les personnes concernées et apparaître comme une censure. Enfin, la publication conjointe de textes produits par

les membres des deux groupes dans les mêmes volumes brouille les frontières et sème une confusion dans l'établissement de la vérité historique. L'auteure conclut à l'existence de divergences irréductibles entre le discours des témoins et celui des historien·ne·s à mettre en regard avec la question de l'autonomie des un·e·s et des autres.

L'article de *Lena Künzle*, *Daniel Lis*, *Sara Galle*, *Emmanuel Neuhaus* et *Iris Ritzmann* s'intéresse au potentiel d'autonomisation de soi résultant de la prise de connaissance de leur dossier personnel pour celles et ceux qui ont été frappé·e·s par des mesures de contrainte à des fins d'assistance. Par une enquête d'anthropologie culturelle autour d'un «cas exemplaire», les auteur·e·s montrent comment, dans un premier temps, la prise de connaissance du dossier provoque la stupeur face à la description d'une personne en qui il est impossible de se reconnaître. Les documents d'époque produits par les autorités renferment une grande violence puisqu'ils reflètent les stigmates fondés sur des catégorisations péjoratives, voire humiliantes. Puis, les réfutations tirées de l'expérience personnelle et du parcours de vie viennent contrer la représentation véhiculée par les dossiers. L'autonomisation, qui se construit par le rejet de la signification révélée dans le dossier et la prise d'une position contre celle-ci, n'est pas un processus facile et demeure toujours fragile. Selon les auteur·e·s, il serait souhaitable que les consultations de ces dossiers soient suivies de discussions avec d'autres personnes concernées ou d'entretiens, afin de bénéficier de tout le potentiel de cette expérience et de pouvoir construire sa propre interprétation. Ces deux contributions traitent de questions tout à fait actuelles sur la manière dont le travail historique et le retour sur le passé servent l'autonomisation des personnes concernées tout en montrant la complexité de ces mécanismes. Elles soulèvent de nouvelles interrogations sur la place des documents d'archives, de l'histoire et des historien·ne·s dans le processus de réparation.

Les articles de notre dossier mettent en évidence les profonds changements qui se sont produits dans la seconde moitié du XXe siècle. Les revendications d'une démocratisation de la société et d'une plus grande participation des personnes socialement marginalisées ont transformé les normes et les pratiques d'assistance. Ce dossier montre aussi que l'histoire des critiques faites aux structures autoritaires ne progresse pas de manière linéaire. Les processus d'autonomisation, qui visent à renforcer les droits individuels, reflètent bien plutôt les rapports de pouvoir dans nos sociétés.

Sonja Matter, Urs Germann, Alix Heiniger, Mariama Kaba

Notes

1 Thomas H. Marshall, *Bürgerrechte und soziale Klasse. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Francfort-sur-le-Main, New York 1992, 49–50.
2 Aldo Zaugg, *Der Einfluss der öffentlichen Unterstützung auf die Rechtsstellung des Unterstützten*, Berne 1956. Pour un état de la recherche internationale: Beate Althammer, Lutz Raphael, Tamara Stazic-Wendt, *Rescuing the Vulnerable. Poverty, Welfare and Social Ties in Modern Europe*, New York 2016; Beate Althammer, Andreas Gestrich, Jens Gründler (éd.), *The Welfare State and the «Deviant Poor» in Europe 1870–1933*, Londres 2014.
3 Voir Katie Wright, Johanna Sköld, Shurlee Swain, «Examining Abusive Pasts. Reassessing Institutional Violence and Care through Commissions of Inquiry», *traverse* 25/3 (2018), 162–178.
4 Commission indépendante d'experts – Internements administratifs (éd.), *La mécanique de l'arbitraire. Internements administratifs en Suisse 1930–1981*, Zurich 2019.
5 Voir notamment Norbert Herriger, *Empowerment in der sozialen Arbeit*, 5e édition augmentée et actualisée, Stuttgart 2014.
6 Voir pour le cas suisse Béatrice Ziegler, Gisela Hauss, Martin Lengwiler (éd.), *Zwischen Erinnerung und Aufarbeitung. Fürsorgerische Zwangsmassnahmen an Minderjährigen in der Schweiz im 20. Jahrhundert*, Zurich 2018.
7 Voir Erwin Marti, *Carl Albert Loosli 1877–1959*, 4 vol., Zurich 1996–2018.
8 Mary E. Richmond, *What is Social Casework?* New York 1971 [1922], 173.
9 Voir Alf Lüdtke, «Eigensinn», in Stefan Jordan (éd.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe*, Stuttgart 2002, 64–66.
10 Sonja Matter, *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*, Zurich 2011, 275–282.
11 Pascal Coullery, *Das Recht auf Sozialhilfe*, Berne, Stuttgart, Vienne 1993, 62.
12 Voir Sibylle Brändli Blumenbach, *Zur Geschichte der Beratung als Instrument der sozialen Integration. Eine Studie am Beispiel der Stadt Basel, 1950er bis 1990er Jahre. Zusammenfassung der wichtigsten Resultate*, www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp51/NFP51_Modul2_d.pdf (15. 11. 2020).
13 Voir Martin Klimke, Joachim Scharloth (éd.), *Handbuch 1968. Zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung*, Stuttgart 2007. Pour la Suisse, Jakob Tanner, *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, Munich 2015, 381–420.
14 Pour une synthèse de la question, voir Andreas Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Francfort-sur-le-Main 2019.
15 Louisette Buchard-Molteni, *Le tour de Suisse en cage. L'enfance volée de Louisette*, Yens/Morges 1995.
16 Geneviève Heller, Pierre Avvanzino, Cécile Lacharme, *Enfance sacrifiée. Témoignages d'enfants placés entre 1930 et 1970*, Lausanne 2005, 32.